

versuchen die aggressivsten imperialistischen Kreise der USA und der NATO, den wahren Inhalt ihrer Politik zu verschleiern. Ihr Friedensgerede ändert jedoch nichts am Wesen ihrer Position. Wie sie selbst erklären, streben sie weiterhin danach, die militärische Überlegenheit zu erlangen und internationale Fragen durch Anwendung und Androhung von Gewalt zu lösen. Dadurch nimmt die Gefahr eines nuklearen Infernos zu.

In letzter Zeit forciert die USA-Administration den Kurs auf die Militarisierung des Weltraums. Eine solche Ausdehnung des Wettrüstens würde die Gefahr eines nuklearen Konfliktes noch mehr erhöhen und die Möglichkeit außerordentlich erschweren, Abkommen zur Begrenzung des Wettrüstens zu erreichen. Die Beratungsteilnehmer hoben die Bedeutung des Vorschlages der Sowjetunion hervor, unverzüglich Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Kosmos aufzunehmen, und bringen ihre volle Unterstützung für diesen Vorschlag zum Ausdruck.

Den Ausweg aus der angespannten Situation, die durch das Verschulden der aggressivsten Kreise des Imperialismus entstanden ist, weist das realistische Friedensprogramm, das von den sozialistischen Ländern gemeinsam ausgearbeitet wurde. Es ist darauf gerichtet, Vereinbarungen zu erreichen, durch die das Niveau der militärischen Konfrontation real gesenkt, die Anwendung und Androhung von Gewalt aus dem internationalen Leben ausgeschlossen und ein nuklearer Krieg verhindert wird. Die sozialistischen Länder sind, wie ihre führenden Repräsentanten zum Ausdruck bringen, für einen konstruktiven Dialog im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit. Sie treten dafür ein, daß die UNO einen immer größeren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leistet.

Die auf der Beratung vertretenen Parteien fordern, die Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa einzustellen, und erklären: Falls solche Maßnahmen ergriffen werden, die zum Abbau der bereits stationierten Raketen führen, werden sie gleichzeitig Schritte zur Aufhebung der Gegenmaßnahmen unternehmen. Das würde die Grundlage für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen, um entsprechende Vereinbarungen über die Befreiung Europas sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen zu erzielen.

Die Teilnehmer der Beratung erachteten es als besonders wichtig, die Initiativen zu erläutern und zu realisieren, die in der Prager Politischen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (5. Januar 1983), in der Gemeinsamen Erklärung des Moskauer Treffens führender Repräsentanten von Parteien und Staaten sozialistischer Länder (28. Juni 1983), in der Deklaration der Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene »Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit« (14. Juni 1984) und in anderen Vorschlägen der Länder des Sozialismus enthalten sind. Diese Initiativen haben das Ziel, Bedingungen für ernsthafte und sach-